



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/121

27. Mai 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Zum Drei-Mächte-Vorschlag über gesamt- deutsche Wahlen	S.1
Wohnungspolitische Konferenz der SPD	S.2
Labour im Wandel (Bericht aus London)	S.3
Die Beamten in der Bundesregierung	S.5
Hellhörige Jugend	S.7

Tschuikow in Verlegenheit

-dt. Der Weg zur deutschen Einheit, also zu einer Verschiebung des Eisernen Vorhangs nach dem Osten, ist mit einer Unzahl von Dokumenten, Deklamationen und Konferenzen gepflastert. Diese Bekundungen waren, wenn sie aus dem Westen (auch Westdeutschland) kamen, oft nur ein platonisches Zugeständnis an die im deutschen Volk schlummernde Sehnsucht nach der Wiedervereinigung. Kamen sie aus dem Osten, dann trugen sie in jedem Fall machtpolitische Züge mit Hammer und Sichel im Hintergrund. Der Westen hat die Abneigung gegen diese Spielart von der Einheit in ein treffendes Wort gekleidet: Einheit in Freiheit.

Von dem jetzt an General Tschuikow übermittelten Drei-Mächte-Vorschlag, wie die deutsche Einheit zu verwirklichen sei, kann man sagen, dass er im wesentlichen den westdeutschen Vorstellungen entspricht, also im gesamtdeutschen Sinne absolut ehrlich gemeint ist. Man kann auch annehmen, dass die Westmächte, sollte es zu konkreten Verhandlungen über den Vorschlag kommen, auf der Hut sein werden, um eine "Veröstlichung" ihres Vorschlages zu verhindern. In einem solchen Falle wäre es von Vorteil, wenn sich die Westmächte deutscher Erfahrungen bedienen würden.

Jedoch, man kann nicht nachdrücklich genug vor einem verfrühten Optimismus warnen. Schon die erste Folge der Vereinbarungen - freie Wahlen nach westlichen Gesichtspunkten - würde den Tod der SED bedeuten, denn diese Partei würde bei gleichen Chancen in ganz Deutschland kaum mehr Stimmen erringen, als heute die KP im Westen hat. Damit würde

sich die russische Gewalt ihres deutschen Exekutivorgans berauben. Die weitere Folge - Vier-Mächte-Kommission für ganz Deutschland - würde bedeuten, dass die Russen die Macht, die sie jetzt in Ostdeutschland allein und ungehindert ausüben, aufgeben müssten und dafür ein Viertel der Kontrolle über ganz Deutschland eintauschen würden. Wer aber wollte bezweifeln, dass die Russen lieber die ersten und einzigen im kleineren Ostdeutschland als die vierten im Gesamt-Deutschland sein wollen?

Das in der Drei-Mächte-Note angeführte "lebenswichtige Interesse des deutschen Volkes an der Vereinigung seines Staates" lässt den Kreml unberührt. Er wird, sofern er sich überhaupt dazu bewegen lässt, seine Position an der Elbe nur gegen ein gleichwertiges Äquivalent an einer anderen Stelle des weltumfassenden Kalten Krieges aufgeben. Daher entzieht sich die Frage der deutschen Einheit der deutschen Verantwortung - nicht der deutschen Pflicht, ständig danach zu streben - und daher ist die Note de facto auch an die falsche Adresse gerichtet worden. Wischinsky, nicht General Tschuikow hätte der Adressat lauten müssen. Und dem Kreml selbst, nicht Tschuikow, dem Untergeordneten des Kreml, hätte man um der historischen Wahrheit willen die Verantwortung für die zu erwartende Ablehnung übertragen müssen.

Trotzdem ist es Moskau nicht leicht gemacht, Nein zu sagen, selbst in verklausulierter Form. Die Ablehnung des Drei-Mächte-Vorschlags, eines entscheidenden Schrittes zur Befriedung Deutschlands, würde sich mit der von Moskau in die Welt posaunten Friedensbereitschaft schlecht vertragen. Hier dürfte ein greifbarer Wert der Note liegen; auf die Frage der deutschen Einheit hat dieses Moment aber keinen Einfluss. Die Note hat jedoch darüber Klarheit gegeben, dass von den Westalliierten keine Schwierigkeiten mehr hinsichtlich einer Einheit Deutschlands zu erwarten sind. Allein um dieser Gewissheit willen ist die Note wert, in der Politik der Bundesregierung die ihr gebührende Rolle zu spielen.

- o - o -

Wohnungspolitische Konferenz der SPD.

Im Anschluss an den Parteitag fand am 25. Mai 1950 in Hamburg eine wohnungspolitische Konferenz der SPD statt. Dr. Kurt Schumacher umriss die politischen Richtlinien für den sozialen Wohnungsbau. Über die sozialdemokratische Wohnungs- und Mietpolitik in Gesetzgebung und Praxis sprach Erich Klabunde, während Dr. Julius Brecht die Durchführung des ersten Wohnungsbaugesetzes in den Ländern und Gemeinden behandelte. Besonderes Interesse der 250 Zuhörer fanden die Ausführungen von Gustav Darendorf über die gemeinwirtschaftliche Verteilung des Wohnungsbaues. Anhand praktischer Beispiele bewies er die mögliche Kostensenkung durch Grosseinkauf. Die Tagung war der Beginn einer verstärkten Einflussnahme der SPD auf den sozialen Wohnungsbau.

- o - o -

Labour im Wandel
Von unserm Londoner Mitarbeiter

Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden im Hauptquartier der Labour Party in den nächsten Tagen wichtige Entscheidungen fallen. Was seit langem spürbar war, scheint jetzt ausgereift zu sein. In der zähen Auseinandersetzung zwischen dem äussersten linken Flügel um Aneurin Bevan und der Mitte, deren stärkster und einflussreichster Exponent der stellvertretende Ministerpräsident und Führer des Unterhauses Herbert Morrison ist, hat jetzt letzterer den Sieg davongetragen. Schon bei den letzten Parlamentswahlen hat sich erwiesen, dass Morrisons mittlerer Kurs die Partei vor einer Niederlage bewahrt hat. Der sehr streitbare Waliser Aneurin Bevan hat zwar den grössten Triumph aller Kandidaten erlebt, aber es war ein Sieg seiner starken Persönlichkeit, wohl auch ein Sieg seiner hinreissenden Rednergabe, nicht aber ein Sieg der besonderen Richtung, für die er mit der ganzen Leidenschaft des Kelten kämpft. Es steht heute unbestritten fest, dass Labour die Schlacht verloren hätte, wenn sich Bevans radikaler Kurs in der Parteiführung bei der Festlegung des Wahlprogramms durchgesetzt hätte.

Der Forschungsstab der Labour Party wie ihre politische Planungszentrale haben aus den Erfahrungen der allgemeinen Wahlen wichtige Schlüsse gezogen. Vielleicht hätte das aber nicht ganz ausgereicht, um die kommende Parteipolitik auf lange Sicht auf einen mittleren Weg zu dirigieren. Den Ausschlag dürfte neben dem Wunsch, etwas gegen die gefährliche parlamentarische Opposition zu unternehmen, der Übertritt R.H.S. Crossmans in das Lager der Labour-Mitte gegeben haben.

Crossman, einer der hervorragendsten, aber auch eigenwilligsten Köpfe des englischen Sozialismus, gilt als der Verfasser eines politischen Dokumentes, das in diesen Tagen Gegenstand der geheimen Besprechungen der Labour-Führer ist und voraussichtlich von ausschlaggebendem Gewicht bei der Festlegung der kommenden Labour-Politik sein wird. Im Augenblick ist der Inhalt dieses Schrift

stückes erst in groben Zügen bekannt. Es schlägt vor, dass nach der Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie, die bereits gesetzlich vorankort, aber noch nicht verwirklicht ist, die Labour-Party in ihrem Programm für die jederzeit möglichen nächsten Wahlen keine weiteren Verstaatlichungen mehr fordern soll, selbstverständlich bei voller Aufrechterhaltung des Wohlfahrtstaates und der Vollbeschäftigung. Das ist im wesentlichen die Richtung, in die Morrison seit langem die Labour-Party führen will. Entscheidend aber ist, dass nun eine so bedeutende Persönlichkeit des linken Flügels, wie es Crossman ist, in diese Bahn eingeschwenkt ist. Da gerade er, der als Unterhausabgeordneter, Publizist und Redner sich stets durch die Unabhängigkeit seines Denkens hervorgetan hat, - er ist ein scharfer Gegner des Aussonministers Bevin -, völlig über den Verdacht erhaben ist, sich aus Opportunität der erfolgreicherer Richtung innerhalb seiner Partei angeschlossen zu haben, kommt seinem Schritt eine weitreichende Bedeutung zu. Man hat nicht zu Unrecht gesagt, dass Crossman hundert Labour-Abgeordnete, wenn es darauf ankäme, auch gegen seine eigene Parteiführung aufbieten könne.

Für den äussersten linken Flügel ist der Übertritt Crossmans zur Labour-Mitte ein schwerer Schlag, zumal er einige seiner wichtigsten Köpfe durch den Ausschluss aus der Labour-Party bereits verloren hat. Der Prozess der politischen Vereinseamung Aneurin Bevans ist damit nun nahezu vollendet, obwohl der Waliser nach wie vor eine Kraft bleibt, mit der die Labourführung immer rechnen muss.

Auch für die Konservativen ist dies eine schlechte Nachricht. Sie haben nicht ohne Grund, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, ihre Hoffnungen auf die Wähler gesetzt, denen die Männer um Aneurin Bevan unheimlich sind. Der Schritt Crossmans ist geeignet, künftig Labour einen grossen Teil der liberalen Stimmen zuzuführen, auf die die Konservativen rechnen. Das konservative Hauptargument, der "Radikalismus" der Labour-Party, hat seine Überzeugungskraft nun wohl auch für die ängstlichsten Liberalen verloren.

pf.

Woher kommen die Beamten der Bundesregierung?

A.M. Der Bundesminister des Innern hat auf die Anfrage einiger Bundestags-Abgeordneter über die Verwendung von Beamten und Angestellten aus den Ländern bei den obersten Bundesbehörden eine erschöpfende Auskunft gegeben. Nach Artikel 36 des Grundgesetzes sind bei den obersten Bundesbehörden Beamte aus allen Ländern in angemessenem Verhältnis zu verwenden. Dieser Grundsatz konnte allerdings bis jetzt noch nicht zufriedenstellend berücksichtigt werden. Zweifel bestehen noch darüber, ob die Landeszugehörigkeit nach dem Wohnsitz oder nach dem Geburtsort zu beurteilen ist. Die nachfolgenden Zahlen sind nach dem Wohnsitzprinzip berechnet.

Insgesamt sind bei den 13 Ministerien, dem Bundeskanzleramt und dem von der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes übernommenen Rechnungshof 1343 Beamte und 2290 Angestellte beschäftigt. Die höchste Beschäftigten-Zahl weist das Wirtschaftsministerium mit 950 auf. Es folgt das Ernährungsministerium mit 470 Beschäftigten, dann das Verkehrsministerium mit 430. Der Anteil der Länder ist noch sehr unterschiedlich. Dass Nordrhein-Westfalen am stärksten vertreten ist, mag aus zwei Gründen verständlich sein: einmal, weil die vorläufige Bundeshauptstadt in diesem Land liegt und man vor allem bei den 605 Angestellten auf die ortsansässige Bevölkerung zurückgegriffen hat und zum anderen, weil es das grösste deutsche Land ist. Es stellt 26% der Angestellten und 15 Prozent der Beamten. Darauf folgt, nicht ganz zu recht, das Land Hessen, das 23 Prozent der Angestellten und 18 Prozent Beamte stellt. Das ist dadurch zu erklären, dass beim bizonalen Verwaltungsaufbau (Frankfurt) infolge der Zugangsperre hauptsächlich auf ortsansässiges Personal zurückgegriffen werden musste, das von der Bundesregierung übernommen wurde.

An dritter Stelle folgt Berlin mit 504 Beschäftigten bzw. 17 Prozent Beamten und 12 Prozent Angestellten. Das zeigt, dass ein grosser Teil des Personals der früheren Berliner Regierungsstellen auch jetzt wieder Anschluss gefunden hat. Erst an vierter Stelle folgt

Bayern mit 288 Beschäftigten bezw. 10 Prozent Beamten und 7 Prozent Angestellten. Die gleiche Anzahl Hamburger sind in der Regierung vertreten. In weitem Abstand folgt Niedersachsen mit 300 Beschäftigten, Schleswig-Holstein mit 150 und Württemberg-Baden mit 140 Beschäftigten.

Sehr schwach vertreten sind in den obersten Bundesbehörden die Länder der französischen Zone. Zum Teil mag das daran liegen, dass die französische Zone beim Aufbau der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nicht beteiligt war. Um so mehr aber müsste die Bundesregierung bemüht sein, dies jetzt zu korrigieren. Am stärksten vertreten ist das Land Rheinland-Pfalz mit 2 Prozent Beamten und 1 Prozent Angestellten, während die beiden anderen Länder nur mit 1 Prozent beteiligt sind.

Mit 1035 stellen die Heimatvertriebenen das grösste Kontingent aller beim Bund Beschäftigten. Von den 88 Ausländern, die in den obersten Bundesbehörden beschäftigt sind, gehören allein 80 dem Wirtschaftsministerium an (75 Angestellte und 5 Beamte), drei Ausländer sind im Bundeskanzleramt, zwei im ERP-Ministerium.

Eine Reihe von Bundesbehörden ist noch im Aufbau bezw. muss noch ganz neu geschaffen werden, sodass die Möglichkeit gegeben ist, die Anteile der Länder in ein besseres Verhältnis zu bringen, als es bisher geschehen ist.

Internationaler Kongress der Naturfreunde

sp. Vom 2.-5. Juni 1950 findet in Zürich und Celerina (Ober-Engadin) der erste Kongress der Naturfreunde-Internationale seit 1936 statt.

Auf dem Kongress werden vertreten sein: Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Israel, Österreich, das Saargebiet, Schweden, die Schweiz und USA.

Die auf dem Kongress vertretenen Länder repräsentieren rund 1300 Ortsgruppen mit über 200.000 Mitgliedern, die über 600 eigene Naturfreunde-Häuser verfügen.

Neben der Behandlung innerorganisatorischer Fragen, wie die Verabschiedung der Statuten, Festsetzung der Beiträge, Rechenschaftsbericht und Wahlen, wird der Kongress zum Problem "Demokratie und Sozialismus" Stellung nehmen. Die dem Kongress zur Diskussion und Abstimmung vorgelegte Resolution nimmt eindringlich für die geistige und wirtschaftliche Freiheit und die Demokratie aller Menschen Stellung.

Hellhörige Jugend

sp. "Die Jugend ist hellhörig geworden und lässt sich nicht einfach ohne weiteres wieder durch Schlagworte verlocken", heißt es in einem "Das unverständliche Nein" überschriebenen Artikel einer großen, besonders in Süddeutschland verbreiteten Zeitung. Der Beitrag geht von der sehr willkürlichen Behauptung aus, die deutsche Jugend sei sich in der Ablehnung des sozialdemokratischen "Nein" zum Beitritt Deutschlands in den Europarat unter den geltenden Voraussetzungen - Anerkennung der gleichzeitigen Mitgliedschaft der Saar in Strassburg und Verzicht auf die völlig ungeschmälerte eigene Mitarbeit - einig.

Uns scheint im Gegensatz dazu der zuerst angeführte Satz von der hellhörigen Jugend (der freilich von der erwähnten Zeitung in einem ganz anderen Sinne angewandt wird) eine vorzügliche Begründung dafür zu sein, weshalb die Jugend weitestgehendes Verständnis für den sozialdemokratischen Standpunkt haben dürfte. Dabei sollte man auf keiner Seite so vermessen sein, die Jugend für die eigene Auffassung als geschlossene Einheit zu reklamieren. Auch in ihr gehen die Meinungen wieder auseinander, Gott sei Dank, möchte man sagen.

Gerade der Begriff "Europa", wie er sich in Strassburg darstellt, ist, etwas zugespitzt gesagt, eine zum Schlagwort degradierte vorge-täuschte Wirklichkeit. Deshalb ist durchaus anzunehmen, dass die jugendliche Begeisterung für diese Form und Praxis eines neuen Europa nicht besonders gross sein wird. Mit Ideen ohne eine sehr gute Chance zu ihrer Realisierbarkeit ist die junge Generation in Deutschland in der Tat bis zum Überdruß gefüttert worden. Dieses Spiel darf nicht fortgesetzt werden, wenn man es mit der Jugend so ernst meint, wie man vorgibt.

Die Darstellung der Zeitung, auf die wir uns beziehen, gibt einige "Schönheitsfehler" der gegenwärtigen Konstruktion der Europaunion zu. Ihr Vorhandensein dürfe aber nicht dazu führen, das Endziel in Frage zu stellen. Warum, so darf man fragen, beseitigt man diese ungeschönen Nebensächlichkeiten nicht vorher, wenn es sich schon nicht mehr um mehr handelt? Zum ändern: Was die einen einen Schönheitsfehler nennen, eine belanglose, zeitbedingte Unzulänglichkeit, ist nach anderer Auffassung ein grundlegender Verstoss, eine Todsünde gegen ein elementares Prinzip, die um so schwerer wiegt, als sie am Beginn der ganzen Unternehmung begangen wird. Die Ignorierung dieses Prinzips - eines wahrhaft und nicht pseudodemokratischen Europa würde mehr als alles andre dazu beitragen, die Jugend auch in dieser ihrer letzten Hoffnung auf eine vernünftige politische Zukunftsentwicklung zu desillusionieren und endgültig in die Regierung zu treiben.

Darüber, was politisch zweckmässig und unzweckmässig ist, läßt sich immer streiten. Aber man sollte sich peinlichst hüten, etwas zu tun oder zu verlangen, was als ein unehrliches Manöver ausgelegt werden könnte. Das ist der Unterschied. Man kann wohl annehmen, daß ihn die deutsche Jugend, in ihrer überwältigenden Mehrheit sehr hellhörig geworden, begreift.
